

Die „Welt“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags aus
einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Ost-Deutsch-
land 10,- M., im voraus zahlbar, von der Redaktion selbst eingeholt 8,50 M. Für Post-
bezugs nehmen sämtliche Postämter entgegen. Unser Circulard
bezieht sich ausschließlich auf Deutschland und Österreich 10,50 M., für den Ausland 11,50 M.,
jährlich halbjährlich, per Viertel für Deutschland und Österreich 10,- M.,
Halbjahre, Ausgaben und Verlag: Berlin G. S. Straße 8-9.

Die abgesetzten Kopierrechte über diesen Raum kostet 5,- M. einschließlich
Leitungsgeld. Keine Anzeigen! Das festgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere
Wort 1,50 M., einschließlich Leierungsgeld. Laufende Anzeigen laut Tarif.
Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,00 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche
in Wort-Anzeigen: Das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M.
Verleger: Dietrich 2030, 2045, 4518 4602, 4635, 4619, 4621.

STREIFER

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Erneuerer der französischen Partei und die Internationale

Von Paul Faure,
Chefredakteur des „Populaire“ (Paris)

Auf dem Parteitag zu Straßburg scharte sich die große
Mehrheit der Delegierten der französischen sozialistischen
Partei um die Genossen, die man „Erneuerer der Partei“
in bezug auf die internationale sozialistische Politik ge-
nannt hat.

Diese Politik kann in folgenden Worten, die den Schluß-
satz der angenommenen Resolutionen bilden, zu-
sammengefaßt werden: „Der Parteitag, zu einer
sofortigen Aktion entschlossen, beauftragt die Ver-
waltungs-Kommission der Partei, unter Wahrung
der Verbindung mit den westeuropäischen Parteien, un-
verzüglich in Unterhandlungen mit den zuständigen Körper-
schaften der dritten Internationale einzutreten und im Ein-
verständnis mit den Unabhängigen sozialistischen Parteien
der Schweiz und Italiens eine Konferenz vorzubereiten zu
dem Zwecke, gemeinsam mit den bereits der 3. Internationale
angehörigen Parteien alle Parteien zusammenzuschließen, die
entschlossen sind, ihre Aktion auf der Basis der traditionellen
Grundsätze des Sozialismus aufzubauen.“

Das war die Grundlage zu einer praktischen Aktion für die
französische sozialistische Partei gemäß den Absichten der Er-
neuerer.

Wie ist nun der in Straßburg gegebene Auftrag ausge-
führt und welche Resultate sind erzielt worden? Ich will
es in kurzen Worten untersuchen.

Ein Delegierter, Genosse Daniel Renault, wurde zu
unseren italienischen Genossen geschickt, doch zeigte diese,
die bereits der 3. Internationale angehörten, keine große Sym-
pathie für unsere Wünsche. Mein Freund, Jean
Longuet, hatte besseren Erfolg in England, wo die Un-
abhängige Arbeiterpartei sich bereit erklärte, unsere Be-
mühungen zu unterstützen.

Zu gleicher Zeit, im Juni 1920, begab ich mich, und zwar
ebenfalls als Delegierter der französischen Partei, nach Bern,
wo ich eine Besprechung mit dem Zentralkomitee der schweizeri-
schen Partei hatte, der auch ein Mitglied der deutschen Un-
abhängigen, der Genosse Koenen, Deputierter von Halle,
wie ich glaube, beiwohnte. Unsere Besprechungen waren
sehr herzlicher Natur, und wir gelangten zu einer Ueberein-
stimmung über die Notwendigkeit einer sofortigen Konfe-
renz, wie sie der Parteitag in Straßburg im Auge hatte
und wie sie auch, nach meiner Ansicht, der Parteitag in Leipzig
in Betracht gezogen hat. Doch bemerkte der Genosse Koenen,
daß eine Delegation der Unabhängigen Sozialdemokratie
Deutschlands und der französischen Partei nach Moskau ab-
gereist seien und daß es ihm richtiger erschiene, vor Einbe-
rufung der fraglichen Konferenz die Rückkehr dieser zwei
Delegationen abzuwarten. Niemand erhob Widerspruch, auch
ich nahm diesen Vorschlag an, obzwar er dem Geist der Ent-
scheidungen von Straßburg nicht allzusehr entsprach.

Der Genosse Grimm schlug vor, die Ergebnisse dieser
kurzen Konferenz in folgenden Worten zusammenzufassen, die
ich hier zur Information wiedergebe:

„Die Delegierten der französischen sozialistischen Partei und der
Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands, ebenso wie das
Zentralkomitee der schweizerischen sozialistischen Partei, sind über-
zeugt von der Notwendigkeit einer internationalen Vereinigung
des Weltproletariats. Ueberzeugt von dem Gedanken, daß eine
solche internationale Organisation nur wirken kann, wenn sie sich
das Ziel und die Wege des revolutionären Sozialismus zu eigen
macht, sehen sie in der Einberufung einer inter-
nationalen Konferenz oder eines internationalen
Kongresses derjenigen Arbeiterparteien, die noch außerhalb
der 3. Internationale stehen, das Mittel zum schnellen Aufbau
dieser Organisation.“

In Anbetracht der Tatsache, daß eine Delegation der französi-
schen sozialistischen Partei und der Unabhängigen Partei Deutsch-
lands nach Rußland gereist sind, und in der Annahme, daß diese
Delegationen ein Abkommen mit dem Exekutivkomitee der
3. Internationale suchen werden, um die Einberufung einer solchen
Konferenz oder eines solchen Kongresses in die Wege zu leiten,
wird die Antwort auf den französischen Vorschlag, der verlangt,
daß die schweizerische sozialistische Partei die Initiative zur Ein-
berufung dieser Tagungen ergreift, bis zur Rückkehr der nach
Rußland entsandten Delegationen zurückgestellt.

Wenn eine Einberufung durch das Exekutivkomitee der 3. Inter-
nationale für die vereinbarte Zeit unmöglich ist, soll eine neue
Zusammenkunft der Delegierten dieser drei Parteien un-
verzüglich herbeigeführt werden, um die geplante internationale
Konferenz vorzubereiten und ihre sofortige Verwirklichung zu er-
zielen.“

Die Genossen Cachin und Frossard sind nach Rußland
gereist, um in unserm Namen „mit den zuständigen Körper-
schaften der 3. Internationale“ zu verhandeln. Als bald nach

Um die Sozialisierung des Kohlenbergbaues

So geht's nicht

Der Wirtschaftspolitische Ausschuss des Reichswirt-
schaftsrats trat am Freitag zu einer Tagung zusammen.
Auf der Tagesordnung stand an erster Stelle die Stellung-
nahme zu den Vorschlägen der Sozialisierungskommission
über die Sozialisierung des Kohlenbergbaues.

Auf eine Anfrage gab der Reichsbergbau-Minister von Raumer
eine Erklärung über die Stellungnahme der Regierung in
dieser Frage ab. Der Minister berief sich auf die vom Reichs-
arbeitsminister in der Reichstags-Sitzung vom 5. August ab-
gegebene Erklärung, in der die Regierung sich auf den Stand-
punkt gestellt hat, daß die Kohlenwirtschaft nach gemeinwirt-
schaftlichen Grundsätzen zu ordnen ist unter gleichzeitiger Her-
anziehung der Bergarbeiter und Angestellten zu mitverant-
wortlichen Trägern der Wirtschaft. Zugleich betonte aber
damals die Regierung, daß Art und Form der Soziali-
sierung sich aus der Notwendigkeit ergeben, die deutsche Koh-
lenwirtschaft in der Richtung größter Produktionssteigerung
und Wirtschaftlichkeit zu entwickeln. Gegenüber der Aus-
legung der „Täglichen Rundschau“ zu dem Kabinettsbeschlusse
vom 22. September erklärte der Minister, daß der Kabi-
nettsbeschlusse selbstverständlich keine Identifizierung
mit den Beschlüssen der Sozialisierungs-
kommission bedeute. Er betonte ferner, daß ein Gegen-
satz zwischen den volksparteilichen Ministern und dem Ge-
samtkabinettsbeschlusse ebensovienig bestehe, wie zwischen den Mi-
nistern und ihrer Fraktion.

In Wirklichkeit besteht natürlich zwischen der Deutschen
Volkspartei und ihren Ministern gar kein Konflikt. Es
handelt sich nur um einen Unterschied der Taktik. Natürlich
will die bürgerliche Regierung ebenso wenig eine wirkliche
Sozialisierung, als die bürgerlichen Parteien. Aber während
die bürgerlichen Parteien ihre Aufgabe darin sehen, den
offenen Widerstand zu organisieren, versucht die Regierung
die Öffentlichkeit hinzuhalten, da sie den Konflikt mit der
Arbeitererschaft scheut. Das alles ist ja auch ganz selbst-
verständlich und die Arbeitererschaft weiß, daß sie einen Erfolg
nur aus eigener Kraft erringen kann.

Das haben ja auch die Verhandlungen des Wirtschaftspoli-
tischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrats klar gezeigt. Es
war sehr interessant, wie die Unternehmer sich zunächst
vollkommen schweigernd verhielten. Es bedurfte erst der nach-
drücklichsten Aufforderung durch die Arbeitervertreter, um
Herrn Stinnes zu einigen Worten zu bewegen. Und diese
Worte ließen ganz deutlich erkennen, daß die Taktik der
Unternehmer dahin geht, um jede ernsthafte Lösung im
Bergbau dadurch heranzuführen, daß man anstelle dieser
bestimmten, klar umgrenzten und deshalb jetzt und sofort
löslichen Aufgaben die unbegrenzte Aufgabe der Sanie-
rung unserer Wirtschaft überhaupt stellt. Die finanzielle
Lage, meinte Herr Stinnes, sei eine solche, daß man zur
Lösung der Sozialisierung im Bergbau erst kommen könne,
bis umfassende Maßnahmen getroffen seien, den
finanziellen Zusammenbruch zu vermeiden.

Das ganze Verhalten der Unternehmer läßt, wie nicht
anders zu erwarten war, ganz deutlich erkennen, daß aus der
Beratung des paritätisch zusammengesetzten Reichswirt-
schaftsrats verdammt wenig herauskommen wird. In der

Unterkommission, die eingesetzt worden ist, werden vielleicht
noch ein paar schwächliche Kompromißversuche gemacht wer-
den, die womöglich noch hinter der Teilsocialisierung zurück-
bleiben.

Soll in der Frage der Sozialisierung wirklich etwas er-
reicht werden, so bedarf es dazu vor allem der klaren, energi-
schen und einheitlichen Aktion der Arbeiterklasse
und ihrer Organisationen. Deren erste Aufgabe wird es
sein, für eine einheitliche Stellungnahme der
Arbeitervertreter zu sorgen. So wie bisher kann
es nicht weiter gehen, das haben gerade die gestrigen
Verhandlungen im Wirtschaftsrat aufs neue bewiesen.

Nachdem Hilferding die Verwirklichung der Volksozia-
lisierung als Vorbedingung für die Steigerung der Kohlen-
produktion und als ersten Schritt zur Verhinderung der kapi-
talistischen Wirtschaft gefordert hatte, setzte eine Diskussion
ein, in der Wissell im Gegensatz dazu nur für die Teilsocialisierung
eintrat. In unglücklichster Weise begründet er
diesen Vorschlag damit, daß die Unternehmer im Bergbau
noch nicht entbehrlich werden könnten, weil die Arbeitererschaft
erst in langer Erziehungsarbeit sich die Fähigkeiten zur Lei-
tung der Produktion aneignen müssen. Für ihn ist die Volk-
socialisierung ein Sprung ins Dunkle! Während aber die
Unternehmer von dieser Anerkennung ihrer Unentbehrlich-
keit mit Genugtuung Kenntnis genommen haben werden,
werden sie die Drohung Wissells, er werde selbst den Sprung
ins Dunkle wagen, wenn sich ihr Widerstand auch gegen die
Teilsocialisierung wende, wohl nicht mit allzu großem Ernst
aufgenommen haben. Wissell trat der Seiger Werner
und Aufhäuser energisch und mit guten Gründen ent-
gegen. Es ist ja auch eine ganz merkwürdige Auffassung,
daß mit der Sozialisierung garantiert werden könne, bis etwa
die Arbeiter aus sich heraus eine genügende Anzahl hervor-
ragender Industrielle zu erzeugen oder eine genügende Anzahl
Direktoren und Generaldirektoren Sozialisten geworden seien.
Handelt es sich doch nur darum, für die Kohlenwirtschaft eine
Anzahl tüchtiger leitender Kräfte zu gewinnen, und es ist
nicht einzusehen, warum die heute im Dienst der Unter-
nehmungen stehenden Leiter nicht in ihren Stellungen zu
einem großen Teil verbleiben würden, wenn an Stelle des
kapitalistischen Ausbeuters die Allgemeinheit tritt. Wird
doch dadurch in Wirklichkeit ihre soziale Position und ihre
wirtschaftliche Bedeutung nur gehoben.

Es ist aber klar, daß, wenn sozialistische und Arbeiterver-
treter dem populärsten Einwand der Bürgerlichen gegen die
Sozialisierung zustimmen, wenn sie so selbst die sozialistische
Einheitsfront brechen, daß dann der Kampf um die Sociali-
sierung außerordentlich erschwert wird. Die
Stellungnahme Wissells steht in einem unhaltbaren Wider-
spruch zu den Forderungen des Bergarbeiter-Ver-
bandes, steht im Widerspruch zu den Forderungen, die bis-
her alle sozialistischen Organisationen vertreten haben. Diese
Organisationen sind jetzt vor die Frage gestellt, ob sie einen
Kampf für die Sozialisierung ermöglichen wollen, indem sie
zunächst die Einheit in ihren Reihen herstellen. Die
Situation fordert dringend eine rasche Entscheidung.
Bleibe sie aus, dann hätte die Bourgeoisie, dann hätten die
Kohlenherren und die Regierung gewonnenes Spiel.

ihrer Rückkehr versicherten sie uns, daß der Eintritt der fran-
zösischen Partei in die 3. Internationale auf der Basis der
neuen Bedingungen möglich sei, jener neuen Bedingungen, die
so harmloser Natur schienen und bei denen insbesondere jene
unerträglichen Bedingungen über die Ausschließung von Per-
sonen und die direkte Einmischung Moskaus in die Wahl der
Mitglieder zu unseren leitenden Körperschaften fehlten.

Dowohl diese neuen Bedingungen, die manches verschwiegen
und über anderes jaghaft hinweggingen, von den Teil-
nehmern gewisser Versammlungen, d. h. also von Elementen,
die zum größten Teil der Partei fremd gegenüberstehen und
ohne sozialistische Erziehung sind, zustimmend begrüßt wur-
den, stießen sie bei den Mitgliedern, und zwar nicht nur von
der rechten Seite der Partei, die bei uns jetzt auf eine
schwache Minorität zurückgedrängt ist, sondern auch bei den
ehemaligen Minderheiten, die jetzt die Leitung der Partei
bilden, auf einen lebhaften Widerstand.

Bald darauf erfuhren wir durch die „Freiheit“, daß
und ich erhob darauf im „Populaire“ zuerst einen leb-
haften Protest gegen die Zweideutigkeit, unter der die De-
batten in unserer Partei vor sich gehen mußten, eine Zwei-

deutigkeit, die übrigens nirgends zerstreut wurde, da noch
niemand, selbst die entschiedensten Anhänger der 3. Inter-
nationale, erklärt hat, die 21 Bedingungen anzunehmen; im
Gegenteil formulierten alle sehr ernsthafte Vorbe-
halte gegen gewisse unerträgliche Zumutungen Moskaus.

Das ist die Situation, voller Unruhe und Nervosität, in
der sich gegenwärtig die französische Partei befindet. Der
Sekretär der Partei, der Genosse Frossard, sagte mir bei Be-
ginn der Diskussion, daß es sich nach unseren Begriffen nur
um neue Bedingungen handelt, und daß sich das Problem
ändern würde, wenn die 21 Bedingungen auch für die fran-
zösische Partei Geltung befänden. Kann man auf Änderungen
in der Fassung rechnen? Wir werden es erst in einigen
Tagen erfahren. Einige Erneuerer der Partei folgten Cachin
und Frossard bei ihrer schnellen Entscheidung, jedoch die
Mehrheit bleibt innerschütternd in Straß-
burg beschlossenen Standpunkte. In ge-
schlossenen Reihen und bereit zur Tat finden sich alle Wieder-
helter von früher wieder, alle diejenigen, die sich seit dem
Frühjahr des Jahres 1915 gegen den Kriegsozialismus auf-
lehnten und die inmitten aller Not und alles Elends ihre
internationalistischen Grundsätze betonten.

Auf zum Massenprotest gegen die preußische Reaktion!

Der Terrorismus — eine Gefahr für die Revolution

Die Befürworter der Moskauer Methoden bleiben auch darin ihrer Verführungskraft treu, daß sie unsern Widerspruch gegen den Terrorismus als eine Ablehnung der Gewaltanwendung an sich unzufänglich suchen. Die ganze Geschichte unserer Partei legt Zeugnis ab von der Unwahrscheinlichkeit dieses Verfahrens. Von der Kriegszeit an hat die U. S. P. D. in allen revolutionären Betätigungen in Deutschland die Führung gehabt und reaktionäre Gewalt stets mit Gewalt niederzuringeln gesucht.

Terrorismus ist etwas anderes als Gewaltanwendung. Terrorismus ist Schreckensherrschaft. Sie kommt hinaus auf die Unterdrückung der Meinungsfreiheit, auf die Verübung von Grausamkeiten aller Art, um durch solche Sanktionsmittel die Gegner von der Betätigung ihrer Überzeugung abzuführen. Terrorismus war von je das Herrschaftsmittel reaktionärer Mächte. Das Proletariat hat als unterdrückte Klasse dieses menschenunwürdige Verfahren stets grundsätzlich bekämpft. Es würde durch Nachahmung seiner Gegner auf deren niedriges sittliches und geistiges Niveau herabsinken und damit seine eigene Zukunft vernichten.

Reiz hat aber bereits der Verfall der Parteimoral unter dem Einfluß der moskowitzischen Lehren erscheidende Fortschritte gemacht. In überraschend kurzer Zeit ist die Lehre, daß man auch gegen Parteigenossen Terrorismus anwenden müsse, in die Praxis umgesetzt worden.

In Württemberg hat die kommunistisch beeinflusste Mehrheit der Landesversammlung das Parteirecht durchbrochen, indem sie, ohne daß die Parteimassen dazu hatten Stellung nehmen können, die Absetzung des Landesvorstandes und die Einsetzung eines neuen erzwang.

In Hannover hat die kommunistisch beeinflusste Parteimehrheit kurzer Hand, gleichfalls wider alles Parteirecht, 20 bewährte Parteigenossen aus der Partei hinausgeworfen, weil sie eine Sonderbesprechung abgehalten, also etwas getan haben, was die ihre Ausstoßung bemerkenswerte Richtung seit Jahren überall praktiziert, ohne daß ihr deshalb ein Haar gekrümmt wurde.

Ganz besonders häßliche Blüten treibt der Terrorismus gegen Parteigenossen in Berlin. Man scheut nicht vor Plänen zur Ermordung undenkbarer Parteigenossen zurück. Als Genosse Ledebour die Norddrohung veröffentlicht hatte, die ihm von einem in der Partei organisierten Terroristen zugegangen war, hatte dieser und seine Mitverschworenen durch eine sonderbare „Erklärung“ den Sinn des Briefes umzudeuten versucht. Sie konnten indes nicht aus der Welt schaffen, daß die durchaus wahrheitsgemäß abgedruckte Briefstelle auf die Androhung der Ermordung von Ledebour und anderen Genossen wegen angeblicher „Bremsung“ hinauskommt. Jetzt sind indes noch Tatsachen an das Tageslicht gekommen, die dieses ganze terroristische Treiben in einem noch weit härteren Licht erscheinen lassen.

Wie uns von durchaus zuverlässigen Parteigenossen mitgeteilt wird, hat der terroristische Briefschreiber, als er wegen seines Auftretens zur Rede gestellt wurde, sinngemäß folgendes erklärt:

„Innerhalb unserer Parteiorganisation ist eine besondere Unterorganisation zur Beseitigung gewisser der Revolution im Wege stehender Personen gebildet worden. Diese Geheimorganisation ist in mehrere Zellen eingeteilt. Ich selbst gehöre der ersten Zelle an und habe den Auftrag, insbesondere Ledebour für immer unschädlich zu machen. Meine Parteigenossen haben mir diesen Auftrag mit der Begründung erteilt, daß man mich gerichtlich doch nicht zur vollen Verantwortung ziehen könne, da ich auf Grund einer früheren Krankheit geistig nicht ganz intakt sei. Diesen Auftrag habe ich angenommen. Als mir hinterher doch einige Bedenken aufstiegen, stellte ich dessen Ausführung zunächst zurück und begab mich außerhalb Berlins. In meiner neuen Wohnung wurde ich wiederholt von meinen Auftraggebern aufgesucht und gedrängt, nun endlich an die Ausführung des beschlossenen Planes zu scheitern. Um mich diesem Drängen zu entziehen, bleibe ich nichts anderes übrig, als Berlin ganz zu verlassen.“

Ans diesen Darlegungen geht hervor, daß die Mörderzentrale, die sich da in unserer Partei organisiert hat, genau unter der nämlichen Methode arbeitet, die bei der Ermordung Haases zur Anwendung gebracht wurde. Haase wurde bekanntlich von einem gewissen Hof erschossen, dem nachher der Nachweis, daß er geistig nicht normal sei, vor Gericht zugute kam. Nach diesem Vorbild haben die Terroristen sich gerichtet, als sie, um die Ermordung Ledebours gefahrlos bewerkstelligen zu können, sich nach einem durch ärztliches Attest gegen Verurteilung immunisierten Werkzeug umsehen. Ein Syphilitiker mit Gehirnerkrankung erschien ihnen da die geeignete Kraft.

Daß überhaupt solche grauenhafte Dinge sich im deutschen Proletariat vorbereiten können, ist den beharrlichen Verleumdungen zuzuschreiben, mit denen die „rote Fahne“ und andere kommunistische Publikationen seit Anfang 1919 gegen führende Parteigenossen der U. S. P. arbeitet.

Die Parteigenossen aber, die sich noch Menschlichkeit und parteigenössliches Solidaritätsgefühl bewahrt haben, müssen sich doch die Frage vorlegen, ob es nicht die höchste Zeit ist, dieser Zerrüttung unseres Parteilebens Einhalt zu gebieten. Denn weit über das Schicksal einzelner Personen hinaus läßt dieses Treiben die proletarische Emanzipationsbewegung und gefährdet die Revolution.

Die „erfreuliche“ Spaltung in Frankreich

Das Komitee zum „Wiederaufbau der Internationale“ hat eine wichtige Sitzung abgehalten, der auch Genosse Simon, Vorsitzender der Internationale der Schuh- und Lederarbeiter, lebhaft beistimmt. Die meisten Mitglieder des Komitees waren anwesend und nahmen zur Frage der 3. Internationalen Stellung. Nach einer sehr lebhaften Debatte kamen zwei Resolutionen zur Abstimmung, die eine gezeichnet von Paul Faure, Jean Longuet und Parvy, die andere von den Genossen Paul Louis, D. Renoult, Tomasi. Die Resolution Paul Faure wurde mit 28 gegen 14 Stimmen der Resolution Paul Louis angenommen.

Es wurde hierauf eine Kommission gewählt, bestehend aus den Genossen: Longuet, Pressemane, Manier, Lerch, Paul Faure, Mikra; zur Ausarbeitung einer Resolution auf der Basis des Vorschlages Paul Faure.

Genosse Daniel Renoult erklärte hierauf im Namen der Gruppe der Minderheit seinen Austritt aus dem Komitee des Wiederaufbaues der Internationale, den er in folgendem, an den Sekretär Paul Faure gerichteten Schreiben begründete:

„Werter Genosse Paul Faure! Die Meinungsverschiedenheit, die sich zwischen uns und der Fraktion, die Sie vertreten, in der letzten Sitzung des Komitees für den Wiederaufbau gezeigt hat,

verpflichtet uns, Ihnen unsere Demission als Mitglieder dieses Komitees zu überreichen.

Von dem Wunsche beseelt, nichts zu verabsäumen, um die Einigkeit aller aufrichtigen Sozialisten herzustellen, aber überzeugt davon, daß der nächste Kongress den Ausschlag auf die Dritte Internationale beschließen muß, halten wir es für ausgeschlossen, Ihre Bemühungen mit den unserigen zu vereinen.

Eine beratige Verschiedenheit der Haltung schließt jede fruchtbare Zusammenarbeit aus.

Wir machen jeden Vorbehalt wegen des Wertes einer Entscheidung, angenommen in einer Sitzung, an der bekannte Parteigenossen teilnahmen, die keine Mitglieder des Komitees sind und die trotzdem mitgestimmt haben.

Es bleibt Ihnen überlassen, zu entscheiden, ob Sie nach einer solchen Abstimmung und nach dem Rücktritt von gründenden Mitgliedern des Komitees noch das Recht haben, im Namen des Komitees zu sprechen.

Nicht ohne lebhaftes Bedauern trennen wir uns von den Genossen, mit denen wir lange Jahre gemeinsam gekämpft haben.

Mit sozialistischen Grüßen

Daniel Renoult, J. Leicigne, Paul Louis, Tomasi, D. Demois, Guesnot.

So äußern sich also auch in der französischen sozialistischen Partei die Stimmen der Spaltung. Und das nur wegen der Bedingungen der dritten Internationale. Wahrlich, die Moskauer Inspiratoren verstehen ihr Werk meisterhaft. „Proletariat aller Länder, spaltet Euch!“ Ist ihr Grundfah, der in unabwendbarer Konsequenz seine Wirkungen zeitigt.

Dr. Levi und die Bedingungen

Wir erhalten vom Genossen A. Riebeling folgende Zuschrift: In Nr. 422 der „Freiheit“ bezeichnet Paul Levi die Behauptung des Genossen K. Kürbs im halleischen „Volksblatt“, wonach Levi in einer Berliner A. P. D.-Versammlung über die Bedingungen gelaßt haben soll, „Ihr würdet so ausgeführt, wie sie (die Kommunisten) dieselben auffassen, sie würden noch viel schwerer werden usw.“, als erlogen.

Ob diese Äußerungen Paul Levi in einer Berliner Versammlung gemacht worden sind, weiß ich nicht. Jedoch kann ich aus meinen persönlichen Erfahrungen sagen, daß Paul Levi sich in diesem Sinne ausgesprochen hat. In zwei Versammlungen, in Essen im Saalbau am 28. September und in der Düsselbacher Tonhalle am 30. September, hat Levi sich in demselben Sinne geäußert. Er zog eine Parallele zwischen Cohn und Dittmann und fuhr dann wörtlich fort:

„Nun frage ich Euch, ob die Bedingungen zu hart sind. Nein — sie sind nicht zu hart. Wir werden Ihre ganze Schürze und weitere Sicherungsmassnahmen in Anwendung bringen müssen, um das internationale Proletariat vor demartigen Verrat zu schützen.“

Ich persönlich habe — besonders in Düsseldorf — Paul Levi deshalb in einer ausgiebigen Diskussion zur Rede gestellt — in Essen schnitt man esch bittatorisch eine gründliche Ausprache ab — und er hat diesen Standpunkt noch im Schlusswort weiter verteidigt.

Freilich: wenn Levi in Essen nicht einmal Rückarat genug besaß, einem Kommunisten entgegenzutreten, dessen Radikalmittel aus „Halbeil und Strich vom Tage der Aktion ab“ besteht, so ist sein Standpunkt in der obigen Frage kaum zu verwundern.

Die Urwahlen im Reiche

Distrikpreußen

Wie die „Elbinger Volksstimme“ mitteilt, sind im Bezirk Königsberg 5 Anhänger und 3 Gegner der Bedingungen gewählt. Im Bezirk Lissit ist die Wahl von 3 Gegnern und keinem Anhänger wahrscheinlich. Für Allenstein ist das Ergebnis noch nicht bekannt.

Unterbezirk Mittelpommern

Nach den bisher festgestellten Resultaten wurden im Bezirk Mittelpommern 422 Stimmen für die Bedingungen und 102 Stimmen gegen die Bedingungen abgegeben. Einige kleinere Organisationen stehen noch aus, das dürfte aber an dem Resultat nichts mehr ändern.

Halle

Auf die Liste Roenen sind entfallen 7139 Stimmen (11 Mandate), auf Liste Kauerz 1513 Stimmen (2 Mandate).

Esleben

Es sind abgegeben 264 Stimmen für und 223 Stimmen gegen die Bedingungen. Die Befürworter erhalten alle 7 Mandate.

Naumburg-Teich-Weißensels

Das Ergebnis der Urwahl ist folgendes: Naumburg 40 Kauerz (gegen), 381 Dümel (für); Weißensels 100 K., 747 D.; Teich 289 K., 498 D.; Köben 16 K., 129 D.; Teuchern 73 K., 83 D.; Hahnen 52 K., 141 D.; Puckanau-Ströden 186 K., 60 D.; Teicheln 105 K., 180 D.; Tuc 181 K., 115 D.; Zippendorf 216 K., 26 D.; Wählig 299 K., 31 D.; Deuben 185 K., 24 D.; Stoffen 124 K., 62 D.; Kayna 183 K., 7 D.; Kasberg 81 K., 34 D.

Das Gesamtergebnis ist also bisher Kauerz 4285, Dümel 3129. Es entfallen vorläufig 4 Mandate gegen und 3 dafür.

Oberfranken

Die Urwahl in Hof ergab bei starker Wahlbeteiligung 558 Stimmen gegen und 120 Stimmen für die Moskauer Bedingungen. 4 Stimmen waren ungültig.

Aus dem Kreis Regensburg ist nach folgendem Ergebnis vor: Donndorf: 29 gegen; Weidhof: 1 für, 12 gegen; Büchberg: 26 für, 21 gegen; Seib: 63 für, 168 gegen; Zehnwitz: 24 gegen; Helmbracht: 16 für, 121 gegen; Neuhau: 12 für, 75 gegen; Oberhofen: 1 für, 40 gegen.

Ständiges Gesamtergebnis: 848 gegen und 233 für.

Ein Justizverbrechen

2 1/2 Jahre unschuldig im Zuchthaus

Vom Arbeitersekretariat Bremerhaven wird uns geschrieben: Ein gewisser Alfred G. . . wurde vor Ausbruch der Revolution unter Anklage gestellt, in Poßland und anderen Ländern Landesverrat getrieben zu haben. Die Anklage ist durchaus nicht schlüssig bemerkt, aber der Mann wurde am 10. April 1919, also nach Ausbruch der Revolution vom Reichsgericht zu Leipzig wegen Landesverrats zu 5 Jahren Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt. Auf die existierende Untersuchungsfrist von 1 1/2 Jahren sind ihm 1 Jahr angerechnet worden. Da er am 19. September 1920 aus dem Zuchthaus entlassen wurde, hatte er also zitta 2 Jahre und 6 Monate Zuchthaus verbüßt.

Nun wird erinnert sein, daß der Rat der Volksbeauftragten am 12. November 1918 einen Aufruf an das deutsche Volk erließ, wonach unter Punkt 6 für alle politischen Straftaten Amnestie gewährt wird und wonach die wegen solcher Straftaten angehängten Strafen niedergeschlagen werden sollen. Danach hätte also das Verfahren gegen den Vorgenannten unbedingt eingestellt werden müssen. Nichts von alledem geschah. Der Oberstaatsanwalt Zweigert schrieb sogar unterm 31. Mai 1919 dem Vater des Verurteilten auf eine Anfrage um Überlegung einer Abschrift des reichsgerichtlichen Urteils, daß er das nicht könne, weil es sich um eine geheime politische Strafsache handele. G. wurde also verurteilt und bis zum 19. September 1919 im Zuchthaus zu Sonnenburg in der Neuzeit festgehalten. Weder das Reichsgericht noch der Oberstaatsanwalt kümmerten sich um den Aufruf des Rats der Volksbeauftragten. Wahrscheinlich rechneten sie damit, daß die

Herlichkeit der Republik bald wieder beendet sein und das wilhelminische Zeitalter in neuem Glanze auferstehen würde. Inzwischen wurden aber die Anordnungen des Rats der Volksbeauftragten vom Reichsgericht bekräftigt, jedoch man meinen sollte, auch der Strafnat, der über die Hoch- und Landesverratsloshen zu entscheiden hat, wäre davon unterrichtet worden. Leider hat sich der Staatsrat darum nicht gekümmert, sondern ruhig den betr. G. verurteilt und ihn ins Zuchthaus geschickt und bis zum 19. September 1920, darin gelassen.

Das Arbeitersekretariat Bremerhaven hat nun in Eingaben an den Reichspräsidenten, den Reichsjustizminister und die beiden sozialdemokratischen Fraktionen auf die obengenannten Tatsachen hingewiesen und die Freilassung erzielt. Nach der Ausgabe des G. sollen noch eine ganze Anzahl Leute durch die — milde ausgedrückt — Vergeltlichkeit des Reichsgerichts und des Oberstaatsanwalts irgendwo im Zuchthaus sitzen. Es ist selbstverständlich, daß der Freigelassene dadurch unschuldig im Zuchthaus gelassen hat und daß nicht nur an zukünftiger Stelle — dem Reichsjustizminister — auf die Eigenart dieser Justiz hingewiesen werden wird, sondern es sind auch entsprechende Entzäge gestellt worden, den Geopfertigen zu entschädigen und den Strafvermerk im Strafregister zu tilgen, damit ihm sein Fortkommen nicht erschwert wird. Da wohl den Richtern und dem Herrn Zweigert ein Haar gekrümmt werden wird?

Das Arbeitersekretariat Bremerhaven ruft nun die Arbeiterpresse auf, um auch für die noch im Zuchthaus Sitzenden nach Revision einzutreten und den höchsten Instanzen das Gewissen zu schärfen für diese „Vergessenen“.

Die Pachtordnung

Uns wird geschrieben: Der in der Donnerstag-Nummer, unter dem Titel „Staatslich erlaubter Wucher“, abgedruckte Artikel des Genossen Josef Graf enthält einen grundlegenden Irrtum: Die vom Genossen Graf mit vollem Recht angegriffene Pachtordnung ist nicht die Arbeit der preussischen Regierung und der Landesversammlung, sondern das Werk der jetzigen Reichsregierung. Es ist ein Reichs-, kein Landesgesetz. Die preussische Regierung, und vor allem der Landwirtschaftsminister Otto Braun, hat sich mit aller Energie dagegen gewehrt, daß diese Ordnung aus dem ursprünglich geplanten Pächter- in einen Verpächter-Schutz gewandelt wurde.

Die heutigen Pächter im Reiche tragen also allein die Schuld an der so unzufriedenbringenden Lösung. Besonders bedauerlich ist es, daß auch die im Gesetz vorgesehenen Schiedsgerichte sämtlich eine die Interessen der Pächter währende Wirksamkeit erhalten können. Denn zu Vorsitzenden dieser Schiedsgerichte dürfen nur Männer mit der Befähigung zum Richteramt, also in der Hauptsache die Amtsdichter der betreffenden Bezirke, berufen werden, während es wesentlich zweckmäßiger wäre, wenn statt der Juristen Männer des praktischen Lebens dieses wichtige Amt erhalten würden.

Die Lohnfrage der Bergarbeiter

Bei den Verhandlungen, die im Reichsarbeitsministerium in der Bergarbeiterlohnfrage gepflogen worden sind, wurde auf die Erklärung der Bergbauindustrie hingewiesen, daß sie außer den bereits für September zu zahlenden 450 M. Sonderzuschlag pro Schicht eine weitere Lohnerhöhung ohne Preis-erhöhung und ohne Verminderung der Materialkosten nicht auf sich nehmen könne. Das Reichskabinett hat sich einmütig gegen eine Kohlenpreiserhöhung ausgesprochen; es müsse auf der ganzen Linie auf einen Abbau der Preise hingewirkt werden. Die Verhandlungen wurden schließlich bis zum 18. Oktober vertagt.

Die Vertagung der Verhandlungen auf den 18. Oktober entspricht nicht dem Wunsch der Bergarbeiterorganisationen zur sofortigen Regelung der Lohnfrage. Man wird sich schon dazu verstehen müssen, etwas schneller die Dinge zu verhandeln, will man nicht die Erregung der Bergarbeiter aufs höchste steigern.

Die russische Hungersnot

DC. Helsingfors, 8. Oktober.

In einem Telegramm erzählt Lenin den Befehl an alle Verpflegungsorgane, die Bauern über ihre Pflicht aufzuklären, das Getreide an die Eisenbahnstationen heranzuschaffen, anderenfalls wäre es unmöglich, die vorhandenen Getreidevorräte in die Zentren zu transportieren. In Petersburg gelangt schon seit mehreren Tagen kein Brot zur Verteilung. In einer diesbezüglichen amtlichen Erklärung heißt es, daß diese Unterbrechung in der Broiterteilung auf die Verzögerung der Kornanfuhr zurückzuführen ist. Bei denjenigen, die sich der Ablieferungspflicht entziehen, sollen die Getreidevorräte requiriert werden. Die Gemeindefunktionen sollen für jede Verzögerung bei der Getreidebeschaffung zur gerichtlichen Verantwortung gezogen werden. Die Bauern, die ihre Korn an die reisenden Zwischenhändler („Weschelschniki“) verkauft haben, müssen also Strafe dem Staat sowie Getreide über die festgesetzte Norm abliefern, wieweil sie zur Seite verkauft haben.

Andererseits sind auch die Bauern selbst in weiten Gebieten in schwerer Not. Die Sowjetregierung hat beschlossen, den Bauern in den von Mähernten heimgekehrten Gegenden von Staats wegen Ernährungsbeihilfe zu gewähren. Die einzelnen Maßnahmen sollen noch beraten werden; vorläufig sind Massenverpflegungen der Bauernbevölkerung, Kinderverpflegungen u. dgl. ins Auge gefaßt. Auch sollen organisatorisch-politische Maßnahmen für die Ermittlung der wirklich hilfsbedürftigen Ortschaften angefaßt werden, und die Hilfeleistung an sie soll von der vollen Erfüllung der Ablieferungspflicht seitens der Ortschaften mit besetzten Ernteergebnissen abhängig gemacht werden.

Judenpogrome in Budapest

DA. Wien, 8. Oktober.

Heute hier eingetroffene Meldungen aus Budapest berichten von einem großen Pogrom, der sich in der ungarischen Hauptstadt abgespielt haben soll. Der Pogrom ging von einer Versammlung des von Stefan Friedrich gegründeten Vereins „Das erhobte Ungarn“ aus. Die Versammlung war verboten, wurde aber dennoch abgehalten. Nach der Versammlung zogen die Anhänger Friedrichs durch die Leopoldstadt und überfielen zahlreiche Passanten. Es sollen mehr als 100 Personen schwer verletzt worden sein. Morgens am Abend kam es im „Café Club“ neuerdings zu antijüdischen Ausschreitungen. In den Abendstunden drangen etwa 50 Personen in das genannte Café ein und mißhandelten die anwesenden Juden und zerstörten das Kaffeehaus. Es gelang der Polizei, die Täter festzunehmen. Die Schlägertruppen wurden von denselben Leuten veranlaßt, die an dem vor zwei Monaten in demselben Kaffee verübten Mord beteiligt waren.

Der Kampf um den Achtstundentag

Brüssel, 8. Oktober.

Die „Peuple“ mitteilt, hat das nationale Komitee der belgischen Gewerkschaften sich gestern mit der Frage des Achtstundentages befaßt und Stellung genommen zu dem Standpunkt, den die Senatskommission in dieser Frage einnimmt. In einer Resolution verlangte das Komitee der Gewerkschaften die bedingungslose Annahme des Achtstundentages, widrigenfalls zum allgemeinen Ausstand geschritten werde.

